

**Informationsblatt nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
zur Verbrauchsabrechnung Wasser und Schmutzwasser und aller damit verbundenen Vorgänge mit den Stadtwerken
Preußisch Oldendorf einschl. Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats**

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der Betroffenen. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadtwerke Preußisch Oldendorf von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen Folgendes mit:

Verantwortliche/r:

Stadtwerke Preußisch Oldendorf, Die Betriebsleitung, Rathausstraße 3, 32361 Preußisch Oldendorf,
Tel.: 05742/9311-0, FAX: 05742/5680, E-Mail: info@preussischoldendorf.de

Datenschutzbeauftragte/r:

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Preußisch Oldendorf
Email: datenschutz@preussischoldendorf.de

Zweck und Notwendigkeit:

Die Stadtwerke Preußisch Oldendorf verarbeiten personenbezogene Daten zum Zweck der Anmeldung, Änderung bzw. Beendigung eines Versorgungsverhältnisses mit Wasser und Entsorgung von Schmutzwasser in Bezug auf die Abrechnung von Gebühren für die Wasserabnahme bzw. Schmutzwasserableitung. Diese Daten beinhalten auch die bei Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats angegebenen Daten der Bankverbindungen.

Rechtsgrundlage:

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage der „Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträgen der Stadt Preußisch Oldendorf“ sowie der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Preußisch Oldendorf“.

Empfänger/Kategorien von Empfängern:

Stadt Preußisch Oldendorf, Stadtwerke Preußisch Oldendorf, Finanzbuchhaltung der Stadt Preußisch Oldendorf einschl. Vollstreckungsstelle

Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation:

Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten ist nicht vorgesehen.

Speicherdauer bzw. -kriterien:

Die Daten werden gelöscht, wenn das Versorgungsverhältnis beendet ist und keine gesetzliche Notwendigkeit mehr besteht, die Daten vorzuhalten (z. B. Aufbewahrungsfristen).

Betroffenenrechte:

Auskunftsrecht (Art. 15), Recht auf Berichtigung (Art. 16), Recht auf Löschung (Art. 17), Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18), Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20), Widerspruchsrecht (Art. 21), Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77).

Widerruf:

Die Einwilligung kann jederzeit für die Zukunft gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der DS-GVO widerrufen werden. Die Daten dürfen ab dem Zeitpunkt nicht mehr verwendet werden. Der Widerruf muss schriftlich erfolgen, es genügt die Mitteilung per E-Mail an die E-Mail-Adresse info@preussischoldendorf.de. Die Verarbeitung der Daten war bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig. Das Informationsblatt nach Art. 13 DS-GVO und das Hinweisblatt auf die Rechte der Betroffenen sind Ihnen ausgehändigt worden. Die Einwilligung zur Datenspeicherung erteilen Sie freiwillig. Sie haben das Recht, Ihre Daten zu erhalten und unrichtige Daten berichtigen zu lassen.

Profiling:

Ein automatisiertes Profiling seitens Stadtwerke Preußisch Oldendorf findet nicht statt. Ein Profiling durch Dritte, z. B. durch Suchmaschinen im Internet, kann nicht ausgeschlossen werden.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung der sie betreffenden unrichtigen Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personen-bezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B., wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, vom Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B., wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, und zwar für die Dauer der Überprüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit e oder f DS-GVO verarbeitet werden, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personen-bezogenen Daten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung bzw. eines Vertrags mithilfe automatisierter Verfahren beruht (Art. 20 DS-GVO). Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Wahrung der öffentlichen Aufgaben erfolgt, die Rechte und Freiheiten anderer Personen betroffen sind und die Übertragung technisch nicht möglich ist.

Der betroffenen Person steht das Recht zu, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a oder Art. 9 Abs. 2 a DS-GVO) beruht, jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.

Die betroffene Person hat das Recht, auf die möglichen Folgen einer Nichtbereitstellung der sie betreffenden personenbezogenen Daten hingewiesen zu werden (Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde im Mitgliedsstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Nordrhein-Westfalen ist die zuständige Aufsichtsbehörde die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2 - 4, 40213 Düsseldorf.

Bei einer Zweckänderung der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten erhalten Sie weitere Informationen von den Stadtwerken Preußisch Oldendorf.